FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

STUDIE

Ist eine bessere Einkommensverteilung möglich?

Über ein modernes Konzept sozialer Gerechtigkeit

GONZALO DANIEL MARTNER

Oktober 2011

- Ungerechte und ungleiche Gesellschaften zerstören die soziale Kohäsion. Es besteht eine hohe Korrelation zwischen Ungleichheit und sozialen Problemen auf der einen sowie zwischen Ungleichheit und Vertrauen, Bürgerbeteiligung und Gewaltlosigkeit auf der anderen Seite. Gleichheit und Gerechtigkeit stehen weltweit auf der politischen Agenda, weil sich die Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten eher verschlechtert, als verbessert hat.

- Wachstum führt zu Ungleichheit, ermöglicht aber gleichzeitig, diese zu verringern. Mangelndes Wachstum und ein Verharren in struktureller Ungleichheit kann soziale und politische Krisen verursachen. Es ist also sinnvoll, zwischen »reiner Umverteilung« und »effizienter Umverteilung« zu unterscheiden, wobei Letztere dann zum Tragen kommt, wenn Marktversagen einen direkten Eingriff in die Ressourcenallokation rechtfertigt.

- Die Erfahrungen in Lateinamerika zeigen, dass eine radikale, kurzfristig orientierte Umverteilung durch Lohnpolitik, massive staatliche Beihilfen und Verstaatlichungen zu wirtschaftlicher und – früher oder später – auch zu politischer Instabilität (Chile von 1970 bis1973, Nicaragua von 1979 bis 1989) führen kann. Um die Ungleichverteilung bei den Einkommen zu verringern muss der Staat *ex ante* den Markt regulieren und *ex post* einen Ausgleich für die Familien mit den niedrigsten Einkommen schaffen.

Einleitung

Der Kampf gegen die Armut und für eine Umverteilung der Ressourcen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene zur Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit steht je nach den politischen Akteuren mit mehr oder weniger starker Überzeugung weiter auf der Tagesordnung: Obgleich die »postmoderne« und medienorientierte Politik sich heute in Bezug auf Werte und Überzeugungen gelegentlich ziemlich konfus präsentiert, bestimmt die Haltung gegenüber ungleicher Behandlung, Lebensbedingungen, Chancen und Rechten weiterhin den Unterschied zwischen Linken und Rechten. Aktuelle Untersuchungen bekräftigen außerdem die These, dass ungerechte und wirtschaftlich ungleiche Gesellschaften die soziale Kohäsion zerstören und öffentliche Probleme verschärfen – besonders dann, wenn sie mit Wirtschafts- und Umweltkrisen (wie den aktuellen) oder mit den Problemen der politischen Repräsentation zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sind. Es besteht eine hohe Korrelation zwischen Ungleichheit und sozialen wie gesundheitlichen Problemen auf der einen sowie zwischen Ungleichheit und Vertrauen, Bürgerbeteiligung und Gewalt auf der anderen Seite.[1]

In absoluten Zahlen ist die Armut weltweit zurückgegangen, was zum Teil auf die Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte und auf eine neue Dynamik in wichtigen Schwellenländern wie China und Indien zurückzuführen ist.[2] Für übermäßigen Optimismus besteht jedoch kein Grund: Ob die Entwicklung der Armut Fortschritte macht oder Rückschläge erlebt, hängt immer noch von den Wirtschaftszyklen ab. Und niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, was nach der großen Rezession und Finanzkrise passieren wird, deren Folgen nach wie vor nicht abzusehen sind. Darüber hinaus werden sich vermutlich auch die Folgen des Klimawandels früher oder später auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen auswirken.

Weiterhin bestehen unterschiedlich hohe Einkommensunterschiede in verschiedenen Ländern; und je nachdem, wie erfolgreich die Politiken zur Verringerung dieser Unterschiede jeweils waren, haben sie zum Teil sogar noch zugenommen. Der Weltbank zufolge beträgt die Einkommensrelation zwischen dem obersten und dem untersten Fünftel in Ländern mit hohem Einkommen etwa 6:1. Unter den Ländern mit der niedrigsten Ungleichheit (4:1) befinden sich vor allem Staaten mit hohen Einkommen und stark ausgebautem Wohlfahrtsstaat, wie z. B. die skandinavischen Länder und Deutschland, oder so verschiedene asiatische Staaten wie Japan und Indien. Die USA weisen als reichste unter den großen Staaten einen höheren Grad an Ungleichheit auf (8:1). Bei den Entwicklungsländern beträgt das Verhältnis 4:1 in Südasien, 6:1 in Ostasien, im Mittleren Osten und in Nordafrika, 10:1 im subsaharischen Afrika und 12:1 in Lateinamerika.

Die Verteilung des Pro-Kopf-Einkommens zwischen den Ländern ist heute noch ungleicher als vor einigen Jahrzehnten: 1960 war das durchschnittliche BIP *per capita* in den 20 reichsten Staaten 15-mal höher als in den 20 ärmsten Staaten. Diese Kluft hat sich auf den Faktor 30 erhöht, da die reichen Staaten im Durchschnitt schneller gewachsen sind als die ärmsten. In den 20 ärmsten Ländern ist das Pro-Kopf-Einkommen seit 1960 fast unverändert geblieben, in einigen ist es sogar weiter gesunken.[3]

Das globalisierte Wachstum hat zu neuen Dynamiken geführt: Während sich der Welthandel seit 1980 real verfünffachte und sein Anteil am weltweiten BIP bis 2005 von 36 Prozent auf 55 Prozent stieg, haben sich die *Offshore*-Finanzaktiva mehr als verdoppelt (von 58 Prozent auf 131 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts). Diese Faktoren haben die regressiven Verteilungseffekte in der Weltwirtschaft jedoch weiter verstärkt: Die Ungleichverteilung ist im Durchschnitt in allen Ländergruppen gestiegen – mit Ausnahme der Länder mit niedrigem Einkommen. Seit 1980 hat die Ungleichheit in bestimmten Weltregionen zugenommen, so etwa in den sich entwickelnden asiatischen Ländern, in den europäischen Schwellenländern, in Lateinamerika und in den Industrienationen, während sie im subsaharischen Afrika, in Russland und den früheren Staaten des Ostblocks abgenommen hat (nachdem sie dort in der ersten Phase nach dem Zusammenbruch der zentralisierten Planwirtschaften noch gestiegen war). Die Ungleichheit hat sich dennoch in einigen Ländern Lateinamerikas – einschließlich Brasilien und Mexiko – verringert (dies jedoch aus-

1. Wilkinson, Richard W./Pickett, Kate (2009): *Desigualdad: un análisis de la infelicidad colectiva*, Taurus, Madrid.

2. Chen, Shaohua/Ravallion, Martin (2009): »*The Developing World is Poorer than we Thought, but no Less Successful in the Fight Against Poverty*«, Weltbank, Washington D. C.

3. Vgl. Banco Mundial (s. d.): »¿Empeora la desigualdad debido a la globalización?«; www.bancomundial.org/temas/globalizacion/cuestiones3.htm.

gehend von sehr hohen Werten), während sie in den Industrienationen tendenziell zunahm (wobei Frankreich eine der wenigen Ausnahmen ist).[4]

So überrascht es nicht, dass Ungleichheit und Einkommensverteilung weiterhin zentrale Themen in der öffentlichen Debatte darstellen. Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung von Ressourcen wird nach wie vor kontrovers diskutiert und beschränkt sich nicht auf einen ausschließlich ökonomischen Ansatz.[5] Nur wenige geben zu, dass die Marktwirtschaften unfähig sind, spontan Bedingungen für eine sozial akzeptable Verteilung zu schaffen. Die dazu laufende Diskussion hat die Forschung über die Prinzipien angeregt, auf die sich eine Annäherung an die soziale Gerechtigkeit sowie deren Verteilungsdimension gründen muss. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist ein moralisches und politisches Konstrukt, das von der Gleichheit der Rechte und der kollektiven Solidarität handelt. Man kann den Begriff auch negativ definieren: als Kluft zu dem, was aus der Perspektive eines bestimmten Gerechtigkeitskriteriums als sozial nicht akzeptabel erscheint. Man misst diese Kluft je nach Ansatz als Wohlstand, Grundbedarf, in Fähigkeiten oder Ressourcen, und stellt so die Problematik der Verteilungsgerechtigkeit dar.[6]

In diesem Sinne betont Amartya Sen in seiner jüngsten Abhandlung über Gerechtigkeitskonzepte, dass es nicht ausreiche, sich auf »einen transzendentalen Institutionalismus« zu beschränken, der sich an der »Bestimmung der Natur des Gerechten« orientiere, ohne dabei die real existierenden Gesellschaften und Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die durch das Fehlen einer globalen Regierung oder von Regierungen mit angemessenen Interventionskompetenzen gekennzeichnet sind. Vielmehr gelte es, sowohl relative Vergleiche hinsichtlich der Gerechtigkeit und der Ungerechtigkeit als auch zwischen möglichen und in der Welt tatsächlich bestehenden Gesellschaften anzustellen. Laut Sen zielt eine minimalistische Version des vergleichenden Ansatzes darauf ab, »Kriterien für eine Option zu finden, die ›weniger ungerecht‹ ist als andere Optionen«, obgleich sie auch den »Ausschluss von Fällen manifester Ungerechtigkeit« beinhaltet.

Die Vorstellung von einer Gerechtigkeit mit Einfluss auf die Gestaltung der institutionellen Strukturen in der Gesellschaft, die also »gesellschaftliche Eigenschaften identifiziert, die aus Gerechtigkeitsperspektive nicht überschritten werden dürfen«, ist wesentlich anspruchsvoller. Dessen ungeachtet ist es sinnvoll, Sen zu folgen, wenn er vorschlägt, Gerechtigkeit nicht als Mutmaßung über die bestmögliche Gesellschaft zu verstehen, sondern als Erforschung der Grenzen möglicher Fortschritte – aus einer positiven und zugleich normativen Perspektive – hin zu einer besseren Gesellschaft, in der ein größeres Maß an Gleichheit von Rechten und Chancen besteht. In diesem Fall geht es darum, als Prinzip der Hoffnung einen Gerechtigkeitshorizont zu erhalten, der für jede historische Etappe und in verschiedenen politischen Prozessen die Richtung angibt – je nach den herrschenden wirtschaftlichen Strukturen und deren Transformationspotentialen. Aus ökonomischer Perspektive geht die Diskussion dabei insbesondere um Interventionen in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die eine Folge marktwirtschaftlicher Aktivitäten sind.

Markt und Einkommensverteilung

Die ungleiche »Ausstattung mit Produktionsfaktoren« und deren unterschiedliche »Grenzproduktivität« wären – in der Sprache der neoklassischen Ökonomie – demnach der Grund für die ungleiche Einkommensverteilung bei Individuen und Familien. Diese Ungleichheiten sind in Wirklichkeit ein Ergebnis bestimmter historischer Prozesse bei der Schaffung und Aneignung von Produktionsmitteln, in denen die ungleichen Fähigkeiten der verschiedenen sozialen Gruppen beim Zugang zu wirtschaftlicher Macht von entscheidender Bedeutung sind. »Die wirtschaftliche Macht spiegelt eine ungleiche, asymmetrische Beziehung zwischen den verschiedenen Wirtschaftsakteuren wider«, so Assar Lindbeck. Diese Macht wird definiert als die relative Fähigkeit der verschiedenen Akteure – Individuen und Institutionen –, die Nutzung der vorhandenen Ressourcen festzulegen.[7]

Das Kapital kann in natürliches Kapital, produzierte materielle Güter und Finanzaktiva unterteilt werden. Die Arbeit kann demgegenüber in einfache homogene und nicht qualifizierte Arbeit unterteilt werden, sowie in

4. Internationaler Währungsfonds (IMF) (2007): »Globalization and Inequality«, in: *World Economic Outlook*.

5. Vgl. insbesondere Cohen, Daniel (2010): *La prosperidad del mal. Una introducción (inquieta) a la economía*, Taurus, Madrid.

6. Vgl. Roemer, John (1996): *Theories of Distributive Justice*, Harvard University Press, Cambridge, Mass.

7. Vgl. dazu Lindbeck, Assar (1975): *Desigualdad y Política Distributiva*, Oikos-Tau, Barcelona.

Arbeit, die auf angeborenen oder auf erworbenen Fähigkeiten basiert. Die Akkumulation von Investitionen in qualifizierte menschliche Arbeitssysteme und in Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen kann die Wirtschaftskraft in den modernen Volkswirtschaften stärker beeinflussen als die ursprüngliche Kapitalausstattung. Das Kapital ermöglicht Einkommen in Form von Zinsen, Gewinnen und Renten, während die Nutzung der Arbeitskraft mit direkten Löhnen oder zurückgestellten Lohnzahlungen (über die Mechanismen der sozialen Sicherungssysteme) vergütet wird. Diese Vergütungen sind in der Bevölkerung ungleich verteilt – entsprechend der Ausstattung, Leistung und Nutzungsintensität der ihnen zu Grunde liegenden Faktoren. Es gibt eine ungleiche Ausstattung zwischen sozialen Gruppen sowie zwischen den Individuen in diesen Gruppen. Dies gilt sowohl hinsichtlich des materiellen und finanziellen Kapitals als auch des Qualifizierungsniveaus der Arbeitskraft (Fähigkeiten, Fertigkeiten, Wissen, Gesundheit); und darüber hinaus auch im Hinblick auf ungleiche Stellungen in den verschiedenen sozialen Hierarchien.

Die Funktionsweise des Marktes verwandelt unterschiedliche Ausstattung und Position in bedeutende **Einkommensunterschiede**, die von einer Vergütung gemäß der »Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren« in der Verteilungschimäre der neoklassischen Wirtschaftstheorie weit entfernt sind. Diese Theorie wurde durch die jüngste Finanzkrise auf beeindruckende Weise von Finanzmanagern bloßgestellt, die hohe Bonuszahlungen einstrichen, nachdem sie zuvor gigantische Verluste an ökonomischen Ressourcen verursacht hatten, d. h. es kam – Ironie beiseite – zu einer äußerst negativen »Grenzproduktivität«. Das Postulat einer Vergütung der Produktionsfaktoren entsprechend ihrer Grenzproduktivität, verstanden als gerechte Vergütung des Einzelnen im Rahmen der Produktionsfunktionen, erweist sich als haltlos, weil es unmöglich ist, den Beitrag der einzelnen Faktoren separat zu erfassen.

Der Produktionsprozess und seine Ergebnisse bestehen aus einer komplexen Kombination von Beiträgen, die nicht zwangsläufig auf einzelne Produktionsfaktoren zurückgeführt werden können. Dasselbe gilt für die Berechnung der einzelnen Bestandteile des Wirtschaftswachstums, wobei jener Teil, der durch die quantitative Akkumulierung der Wachstumsfaktoren nicht erklärt wird, einem unbestimmten Restfaktor zugeordnet und normalerweise standardmäßig dem technischen Fortschritt zugeschrieben wird. Wie viel des Produktionsergebnisses rührt tatsächlich von der Technologie her und welches Einkommen sollte es verursachen? In den Worten von René Passet: »Trotz seiner Bezeichnung ist (das ›technologische‹ Einkommen) nicht an das technische Kapital gebunden, sondern an die Organisation des Produktionsprozesses selber, das heißt, an die geistigen Investitionen und die Information. Es hängt mithin von diesem universellen Vermögen ab, dessen Früchte – die nicht auf den einen oder den anderen Produktionsfaktor zurückzuführen sind – in Wirklichkeit auf die Gesamtheit der Gemeinschaft verteilt werden müssen.«[8]

Und auch wenn wir entsprechend der Grenzproduktivität der Produktionsressourcen eine Äquivalenz zwischen Einkommen und Vergütung annehmen würden, bliebe festzuhalten, dass in der Marktwirtschaft die Einkommensunterschiede dazu neigen, sich zu verschärfen – wie etwa James Meade beobachtete –, und zwar unabhängig von der Tatsache, dass zu Beginn des Rennens nicht alle gleich gut für den Wettbewerb gerüstet sind, weil Wirtschaftsakteure mit einer höheren Grenzproduktivität deutlich besser entlohnt werden.[9]

Auf jeden Fall scheinen die vorliegenden Befunde zu bestätigen, dass – unter den Bedingungen des globalisierten Wachstums – der technische Fortschritt und die Spezialisierung auf Produkte und Dienstleistungen mit hoher Intensität an qualifizierter Arbeit den Wohlstand der am weitesten entwickelten Staaten erhöhen, während sich zugleich die Lage der weniger qualifizierten Arbeiter in diesen Staaten verschlechtert. Da diese sich nun dem Wettbewerb von Arbeitskräften des Niedriglohnsektors aus den peripheren Staaten stellen müssen (nach Korrektur der Äquivalenz aufgrund des Produktivitätsgefälles), haben die Lohnunterschiede in den Staaten mit hohen Einkommen beträchtlich zugenommen. Und noch einmal ist festzuhalten, dass nichts hiervon mit der Grenzproduktivität der Arbeit zu tun hat.

In den Ländern der Peripherie kommt zur Ungleichheit beim Besitz von Produktionsgütern (zunächst Land, später materielles Kapital und qualifizierte Arbeitskraft) noch ein weiterer Faktor hinzu. Dort steigen in dem Teil der Wirtschaft, der Zugang zu Auslandskrediten, globalisierten Märkten und Technologien hat – und insbe-

8. Passet, René (2000): *La ilusión neoliberal*, Debate, Madrid.

9. Vgl. Meade, J. E. (1982): *La economía justa*, Orbis, Barcelona.

sondere zu Direktinvestitionen –, die Gehälter und sonstigen Vergütungen viel stärker an als in den traditionellen Sektoren mit geringer Marktkraft und begrenztem Zugang zu Krediten und qualifizierten Arbeitskräften. Häufig herrscht, mit den Worten von Gupta, Davoodi und Alonso-Terme, »eine hohe Eigentumskonzentration an Gütern« vor, welche »die Politik beeinflussen und die Einkommensungleichheit vergrößern kann«.

In der Tat »können in einer Gesellschaft, in der sich der Besitz an Gütern auf eine kleine Elite konzentriert, die Besitzer dieser Güter ihren Reichtum dazu verwenden, Druck auf die Regierung auszuüben, um eine für sie günstige Handelspolitik zu erwirken, einschließlich Wechselkurs, Förderprogrammen und Vorzugsbehandlung bei der Besteuerung ihres Eigentums. Diese Politik führt zu einer höheren Rendite der im Besitz der Reichen befindlichen Güter und zu einer geringeren Rendite der Güter, die sich im Besitz der ärmeren Schichten befinden, wodurch die Einkommensunterschiede steigen. Das Eigentum kann auch als Sicherheit für Darlehen oder Investitionen genutzt werden; folglich schränkt der ungleiche Besitz an Gütern die Möglichkeit der armen Bevölkerung ein, Darlehen zu erhalten und ihr Einkommen dauerhaft zu erhöhen, wodurch die Armut und Ungleichheit der Einkommen ein Leben lang perpetuiert wird.«[10]

Trägt nun aber die Einkommensungleichheit zum Wachstum bei, wie aus liberaler Sicht zu ihrer Rechtfertigung angeführt wird? Die ungleiche Einkommensverteilung beeinflusst das Wachstum tatsächlich auf verschiedene Weise. Aus einer Perspektive der mikroökonomischen Anreize betrachtet, hat die Struktur der »Faktorausstattung« Auswirkungen auf die wirtschaftliche Effizienz. Mit den Worten von Joseph E. Stiglitz: »Der intuitive Grund dafür, weshalb Verteilungs- und Effizienzfragen nicht voneinander getrennt werden können, ist leicht einzusehen. In Wirtschaften, in denen das Monitoring kostspielig und das ›Kapital‹ von der ›Arbeit‹ getrennt ist, müssen die Kapitalbesitzer den Arbeitern Anreize bieten. Diese Anreize sind zwangsweise unvollkommen und kostspielig. Wenn jeder Bauer das Land, das er bestellt, auch besäße, oder wenn jeder Arbeiter die Kapitalgüter besäße, mit denen er arbeitet, dann gäbe es kein Problem mit den Anreizen. Allgemeiner gesagt, die anfängliche Verteilung des Reichtums hat Auswirkungen auf die Natur und das Ausmaß der Anreize, mit denen eine Gesellschaft konfrontiert ist.«[11] Je konzentrierter und zentralisierter das Eigentum ist – jenseits der Produktivitätszugewinne, die durch Skaleneffekte eventuell gerechtfertigt werden – desto weniger wachstumsfördernde Anreize sind in einem Produktionssystem vorhanden.

Simon Kuznets formulierte 1955 aus einer makroökonomischen Perspektive die Hypothese, dass in dem Maß, wie ein Land wächst, die Ungleichheit bei den Einkommen zuerst zu- und dann wieder abnimmt. Stellt man dabei den Grad an Ungleichheit in Abhängigkeit zum Pro-Kopf-BIP dar, so werden die Daten in Form eines umgekehrten U dargestellt.[12] Spätere Untersuchungen haben gezeigt, dass man in einer Longitudinal-Studie, also mittels der Betrachtung der Wirtschaftsgeschichte eines Landes, Fälle wie England und Wales finden kann, bei denen diese Hypothese für das vergangene Jahrhundert zutrifft. Auch jüngere Untersuchungen kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Kuznets, obgleich sie feststellen, dass diese Beziehung einen Großteil der Schwankungen bei der Ungleichheit zwischen Staaten oder im Zeitverlauf nicht erklärt.[13] Querschnittstudien zu Beginn der 1990er Jahre gestatten keine eindeutige Bestätigung der genannten Hypothese. Insbesondere trifft sie nicht auf eine der bedeutendsten wirtschaftlichen Erfolgsstorys der Gegenwart zu: die Wirtschaften im Südosten Asiens.

Analytisch betrachtet ist anzunehmen, dass eine ungleiche Einkommensverteilung, die einem Teil der Bevölkerung erlaubt, Ersparnisse zu bilden (was sonst nicht möglich wäre), die Akkumulation materiellen Kapitals fördern kann. Andererseits reduziert diese ungleiche Verteilung auch die Akkumulation von Humankapital, da ihr Zugang auf wenige Personen beschränkt ist. Folgt

10. Gupta, Sanjeev / Davoodi, Hanid / Alonso-Terme, Rosa (1999): »¿Afecta la corrupción a la desigualdad del ingreso y a la pobreza?«, in: *Revista Internacional de Presupuesto Público* Nr. 39, S. 55. Eine ökonometrische Studie dieser Autoren zu 38 Ländern über den Zeitraum von 1980 bis 1998 zeigt, dass jene Nationen mit hoher Ungleichheit bei Einkommen und Konsum dazu tendieren, reichlich natürliche Ressourcen zu besitzen (deren Aneignung in der Regel konzentriert ist), eine niedrige durchschnittliche Produktivität des Kapitals (mit Inseln hoher Produktivität), eine große Ungleichheit in der Bildung mit niedrigem Deckungsgrad der weiterführenden Bildung sowie eine ungleiche Verteilung des Landes und einen hohen Grad an Korruption aufzuweisen.

11. Stiglitz, Joseph E. (1995): *Whither Socialism?*, MIT Press, Cambridge, Mass., S. 49.

12. Kuznets, Simon (1955): »Economic Growth and Income Inequality«, in: *American Economic Review* Nr. 45, S. 1-28.

13. Vgl. Barro, Robert (1999): »Inequality and Growth in a Panel of Countries«, in: *Journal of Economic Growth* Nr. 5, S. 5-32.

man der Argumentation von Oded Galor und Omer Moav, so erhöht sich die Akkumulation des Humankapitals, wenn man das Einkommen einer reichen Person auf eine arme Person umverteilt, da die arme Person in Humankapital, die reiche Person hingegen in materielles Kapital investieren wird.[14] Die Gesamtproduktion steigt, da das Grenzprodukt des Humankapitals, in das die arme Person investiert, tendenziell größer ist als das Grenzprodukt des materiellen Kapitals, in das die reiche Person investiert. Die Triebkraft hinter der Kapitalakkumulation war in der frühen Phase der Industrialisierung das materielle Kapital: Unter diesen Umständen wurden die Ressourcen aufgrund der herrschenden Ungleichheit in Richtung von Individuen gelenkt, deren Grenzneigung zu sparen größer war; und dies wiederum führte zu mehr Wachstum. In späteren Zeiten wird Wachstum durch Humankapital angeregt, sodass die Rentabilität von Humankapital steigt: Ungleichheit schadet also dem Wachstum.

Eine ähnliche Hypothese findet man in den Untersuchungen von Kenneth L. Sokoloff und Stanley L. Engerman über die historischen Ursachen der deutlichen Unterschiede des langfristigen Wachstums zwischen Nordamerika und Südamerika. Deren Ausgangspunkte waren zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeit *a priori* keineswegs sehr verschieden. Die beiden Autoren ziehen die Schlussfolgerung, dass »trotz der vielen möglichen Erklärungen, die wesentlichen Unterschiede im Grad der Ungleichheit an Reichtum, Humankapital und politischer Macht – welche ursprünglich in der Faktorausstattung der jeweiligen Kolonien begründet war, aber sich fortsetzte – anscheinend eine große Relevanz besitzen«, um die langfristig erfolgreichere Entwicklung Nordamerikas zu erklären.[15]

So gewann die Idee an Bedeutung, dass die liberalisierten, sich selbst überlassenen Märkte die Einkommens- und Vermögensunterschiede noch weiter verschärfen und staatliche Intervention mehr oder weniger notwendig sei – je nach Präferenz der Bürger und der Entwicklung der sozialen Kämpfe. Robert Solow formuliert diese Vision folgendermaßen:

»Eine wachstumsorientierte Politik ruft – wenn auch unbeabsichtigt – als Nebeneffekt eine Verschlechterung der Einkommensverteilung hervor, wobei der Anteil der Gewinne – und damit der Sektoren mit den höchsten Einkommen – am nationalen Einkommen zunimmt. Dieses Ergebnis muss akzeptiert werden, da ansonsten keine wachstumsorientierte Politik möglich wäre. Eine Regierung aber, der an Gerechtigkeit und Gleichheit gelegen ist, und die einen vernünftigen Grad an Gleichheit in der Einkommensverteilung fördern möchte, wird nach Formeln suchen, um diesen unerwünschten Nebeneffekt einer wachstumsorientierten Politik auszugleichen.«[16]

Wie man weiß, widersprechen diese Ansichten denen des Wirtschaftsliberalismus, der seit Adam Smith (1776) das Recht auf Privateigentum unabhängig von seiner Herkunft verteidigt und das Individuen auffordert, seine wirtschaftlichen Eigeninteressen zu verfolgen. Als Beschränkung wird lediglich die Freiheit der anderen anerkannt, zu kaufen und unternehmerisch tätig zu sein. Dieser Ansatz basiert auf der Annahme der unsichtbaren Hand des Marktes, die eine bestmögliche Allokation der vorhandenen Ressourcen sicherstellt. Ergänzend dazu postuliert der utilitaristische Ansatz seit Jeremy Bentham (1789), dass die Gesellschaft den Wohlstand maximieren soll. Wohlstand wird allerdings als Zusammenfassung des Wohlstands der Individuen unabhängig von seiner Zusammensetzung verstanden, um als oberstes Ziel »das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl Menschen« zu erreichen.

Gleichwohl bildet die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Wohlstands die wichtigste Frage für die Gesellschaften und Regierungen, während die Maximierung der Summe des individuellen Nutzens die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Individuen vernachlässigt. Mehr noch: Diese Regel impliziert, dass, wenn der Grenznutzen des Einkommens einer reichen Person höher ist als der Grenznutzen einer armen Person, die so verstandene Maximierung des Wohlstands dazu führt, dass zusätzliche Einkommen auf die Reichsten anstatt auf die Ärmsten verteilt werden, wodurch sich die Einkommensschere weiter öffnet. Wenn man die gleichen Einkommen auf beide Gruppen verteilt, würde die Wohlstandskluft zu Gunsten der Reichsten zunehmen, falls ihr Grenznutzen weiterhin größer wäre. Geht

14. Galor, Oded/Moav, Omer (2004): »From Physical to Human Capital Accumulation: Inequality in the Process of Development«, in: *Review of Economic Studies*, Nr. 71, S. 1001-1026.

15. Sokoloff, Kenneth L./Engerman, Stanley L. (2000): »Institutions, Factor Endowments and Paths of Development in the New World«, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 14, Nr. 3, S. 217-232.

16. Solow, Robert (1993): »Combinando crecimientos de productividad con equidad«, in: *Crecimiento con equidad*, Editorial Universitaria, Santiago de Chile.

man von der Annahme aus, dass alle dieselbe Nutzenfunktion haben, wird das Problem auch nicht gelöst, da die Problematik des Utilitarismus weiterhin darin besteht, den Gesamtwohlstand zu maximieren.

Schließlich fordert die wirtschaftsliberale Strömung, dass sich die staatliche Umverteilungspolitik auf die Ärmsten der Armen und ihre Unterstützung in extremen Notlagen konzentriert, ein begrenztes Ausmaß hat und mithilfe von Instrumenten umgesetzt werden muss, die so gering wie möglich in den Markt eingreifen und dabei bevorzugt auf das System der »negativen Steuer« (integriertes Steuer-Transfer-System) von Milton Friedman aus dem Jahr 1962 zurückgreift.[17]

Umverteilungspolitiken

Jenseits der theoretischen Diskussion kann man historisch festhalten, dass die modernen Staaten – und hier insbesondere die konsolidierten Demokratien – vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur die traditionelle Funktion des »Nachtwächterstaates« (innere und äußere Sicherheit, Rechts- und Justizsysteme) übernommen haben, sondern auch die Entwicklung der Infrastruktur, die gesamtgesellschaftliche Ausweitung des Bildungswesens und der beruflichen Fortbildung, der Sozialversicherung (Alters-, Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) sowie der Beihilfen für Familien und bedürftige Personen. Der Bismarcksche Ansatz, der in den 1880er Jahren in Deutschland entstand und auf der Absicherung gegen soziale Risiken durch eine obligatorische, intertemporale Umverteilung der Löhne zu Gunsten der Beitragszahler basiert, bedurfte, um funktionieren zu können, einer relativ homogenen Lohnwirtschaft sowie des Kriteriums, dass Transferleistungen nicht vor dem Eintritt in die Arbeitswelt verursacht werden (die Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt bilden kein Kernstück der Schutzvorkehrungen).

Der britische Ansatz von Beveridge wurde gegen Ende des Zweiten Weltkriegs entworfen und gestattet Vorab-Transferleistungen für die am wenigsten Begünstigten, wodurch der über »soziale Sicherheit« hinausgehende Begriff der »gesellschaftlichen Solidarität« begründet wurde. Damit wurden Unterstützungsmechanismen geschaffen, die weiter reichten als jene, die sich nur von der Umverteilung des durch Arbeit generierten Einkommens ableiteten. Die von Thomas Paine am Vorabend der amerikanischen und französischen Revolution gemachten Vorschläge, den Ertrag des Landes unter allen Einwohnern zu verteilen, ließ eine »universelle und bedingungslose« Strömung des Wohlfahrtsstaats entstehen; bis zu seiner aktuellen Ausprägung in Form von Bürgergeld-Programmen. In Lateinamerika finden sich vom »*Batllismo*« in Uruguay bis zur mexikanischen Revolution ebenfalls viele bahnbrechende Erfahrungen. Je nach den politischen Entwicklungen haben sich dabei Konzepte vermischt, die in verschiedene soziale Umverteilungspolitiken einmündeten.

Umverteilungsfähigkeit der Politik

Wachstum schafft sowohl Ungleichheiten als auch die Mittel zu deren Reduzierung. Und umgekehrt gilt, dass eine Stagnation in Situationen struktureller Ungleichheit soziale und politische Krisen verursachen kann. Insofern kann sich die Unterscheidung zwischen »reiner Umverteilung« und »effizienter Umverteilung« als nützlich erweisen.[18] Bei Ersterer handelt es sich um jene Umverteilung, bei denen die Effizienzvoraussetzungen »im Sinne von Pareto« gegeben sind. In solchen Fällen ist es unmöglich, die Produktion und Ressourcenzuteilung auf eine Weise neu zu gestalten, bei der alle gewinnen oder zumindest niemand verliert. Dafür bedarf es jedoch Kriterien der sozialen Gerechtigkeit, die eine Umverteilung von den besser gestellten Individuen zu den weniger gut gestellten Individuen fordern – eine Situation, in der sich die Regierungen bei politischen Entscheidungen und Beurteilungen am häufigsten befinden. In der Regierungspraxis werden eher Projekte begünstigt – allgemeiner ausgedrückt: Programme, verstanden als Summe ähnlicher Projekte, bzw. Politiken, verstanden als Aggregation von Programmen eines bestimmten Bereichs –, die den sozialen Nettogewinn (Nutzen minus Kosten) für bestimmte Gruppen maximieren. Dabei wird angenommen, dass politische Maßnahmen, die »Pareto-Optimierung« verursachen – d. h. einer oder alle verbessern und niemand verschlechtert seine Situation – nur selten umsetzbar sind. Trotzdem ist es vernünftig, keine Politik auszusparen, die die Chance einer Verbesserung des Wohlstands für alle bietet, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

17. Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*, Chicago University Press, Chicago.

18. Piketty, Thomas (1997): *Economie des inégalités*, La Découverte, París.

Ginge man einen Schritt weiter und nähme einfache Umverteilungen von einer sozialen Gruppe (z. B. die am oberen Ende der Einkommensskala) zu einer anderen sozialen Gruppe (z. B. der am unteren Ende) vor, würde man sich von der Pareto-Optimierung (es verschlechtert sich die Situation derjenigen, die einen Beitrag leisten, um die Situation der anderen zu verbessern) sowie vom utilitaristischen Konzept des Wohlstands und seines Prinzips der Maximierung des Gesamtwohlstands entfernen. Jedenfalls kann festgehalten werden, dass in einer Mehrzahl von Situationen, in denen der Staat eingreift, einer durch die staatlichen Programme und Projekte gewinnt und ein anderer verliert. Wenn ein Projekt einen positiven Nutzen hat (Effizienzgewinne als Differenz zwischen dem Überschuss – also die Differenz zwischen dem, was die Konsumenten bereit sind zu zahlen, und dem, was sie tatsächlich zahlen müssen – und den Kosten des Projekts) und es zu einer Reduzierung der gemessenen Ungleichheit führt, dann ist seine Durchführung gerechtfertigt. Wenn ein Projekt keinen positiven Nutzen hat und zu einer Erhöhung der Ungleichheit beiträgt, dann sollte es vernünftigerweise nicht durchgeführt werden. In jenen Fällen, in denen ein Projekt einen positiven Nutzen hat und zugleich zu einer Erhöhung der Ungleichheit beiträgt, oder aber einen negativen Nutzen hat und zugleich einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit leistet, besteht ein Dilemma zwischen Effizienz und Gerechtigkeit, das aber mithilfe eines Kriteriums der Verteilungsgerechtigkeit (oder, in der Sprache der neoklassischen Ökonomie, mithilfe einer sozialen Wohlstandsfunktion) zu lösen ist.

Die effiziente Umverteilung ist Umständen vorbehalten, in denen Marktversagen ein direktes Eingreifen in die Ressourcenallokation rechtfertigt. Diese Interventionen können in verschiedenen Fällen nicht nur die Pareto-Effizienz, sondern auch die Verteilungsgerechtigkeit verbessern. Obgleich die Bereitstellung öffentlicher Güter in Form von Infrastruktur den Reichen in der Regel mehr Nutzen bringt, da sie diese stärker in Anspruch nehmen (die Armen nutzen die Autobahnen und Flughäfen seltener), werden dagegen die städtischen öffentlichen Güter normalerweise mehr von den Ärmsten genutzt, da sie diese Güter zu erschwinglichen Preisen privat nicht ersetzen können (öffentliche Sicherheit, Parks, Plätze, Sportanlagen, kulturelle Einrichtungen). Politiken zum Schutz vor Risiken haben ihrerseits aufgrund ihrer Struktur einen Umverteilungseffekt, und zwar von allen Beitragszahlern hin zu denjenigen, die von einem Versicherungsfall betroffen sind. Beim Fehlen einer Versicherungsgerechtigkeit erfolgt hier die Umverteilung von den Individuen, bei denen mit geringer Wahrscheinlichkeit ein Versicherungsfall eintritt, hin zu jenen Individuen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit eines Versicherungsfalls.

Diese Dilemmata haben in der öffentlichen Debatte schon häufig zu einer Diskussion über die Alternativen einer begrenzten Umverteilung geführt (reine Umverteilung zur Bildung kleiner sozialer Hilfsnetzwerke und moderate Investitionen in den Bildungssektor), oder aber über die Alternativen einer umfassenderen Umverteilung mit signifikanten Transferleistungen, die, neben den oben genannten, auf Institutionen im Bereich der sozialen Sicherheit (Beschäftigung, Renten und Gesundheit) sowie auf den Zugang zu Produktionsgütern abzielen. Vorschläge zur Einführung eines »Grundeinkommens« in der öffentlichen Debatte haben die bedingungslose Einkommensumverteilung in den letzten Jahren attraktiver werden lassen. Dieses bedingungslose Grundeinkommen würde allen oder einem großen Teil der Bevölkerung ausbezahlt und mit Steuern finanziert.[19] Diese Vorschläge beabsichtigen nicht, über die Steuern hinaus in den Marktmechanismus einzugreifen und unterscheiden sich von der Friedmanschen negativen Einkommenssteuer hinsichtlich ihrer Reichweite und dem Prinzip der universellen Anwendung.

Will das politische System jedoch die Verteilungslücke in größerem Ausmaß reduzieren, so muss es zwangsläufig die **Konzentration der ökonomischen Aktiva ins Auge fassen**.

Erstens müssen die menschlichen Fähigkeiten – Motor der wissensbasierten Wirtschaft – gefördert werden und die Produktivitätslücke mithilfe von Beihilfen und staatlichen Bildungs- und Fortbildungsangeboten reduziert werden. So kann man mittel- und langfristig Ergebnisse erzielen, wie sie heute in vielen Industriestaaten zu beobachten sind. Besonders hervorzuheben sind die Staaten des Nordens und Südostasiens, denen es gelang, von einer Ausgangssituation mit niedrigen Einkommen effiziente Bildungssysteme für die gesamte Bevölkerung aufzubauen. Auf diese Weise konnte die Verteilungslücke begrenzt werden.

19. Van Parijs, Philippe/Vanderborght, Yannick (2006): *La renta básica, Paidós*, Barcelona.

Zweitens sollte das politische System den Zugang zu den Aktiva diversifizieren und mit bestimmten Maßnahmen den Wettbewerb fördern sowie Monopole beschränken, um dadurch Barrieren zu vermeiden, die den Wirtschaftsakteuren den Markteintritt erschweren. Daneben sollten Kredite jenen Akteuren Zugang zu den vorhandenen oder neuen Gütern ermöglichen, denen bisher der Zugang verwehrt war, die aber die Voraussetzungen erfüllen, diese Güter auf produktive Weise mit relativer Effizienz zu nutzen. Dies kann auf direktem Wege durch öffentliche Geldinstitute oder durch Privatbanken mit staatlichen Garantien gelingen, da der Kreditmarkt kleine Produzenten oder Produzenten ohne frühere Produktionserfahrung bei der Auswahl benachteiligt. Es ist also unabdingbar, die unvollständigen Kreditmärkte und Finanzsysteme zu regulieren, die sonst zu privilegierten Instrumenten der Perpetuierung der Kapitalkonzentration und der strukturellen Ungleichheit beim Besitz von Gütern werden.[20] Und wie sich in der Finanzkrise 2008 erneut zeigte, sind sie ein Faktor für ein schweres wirtschaftliches Ungleichgewicht, wenn durchgreifende staatliche Regulierungen fehlen.[21]

Drittens, und dies ist Gegenstand viel größerer Widerstände, kann es das politische System für legitim erachten, kollektive Ressourcen, die sich in privater Hand befinden, von Vertretungsorganen der Gemeinschaft zu enteignen – entweder direkt oder über Steuern –, um sie dann, zumindest zu einem bedeutenden Teil, an die Gesellschaft als Ganzes zu verteilen. Dies ist häufig bei der entschädigungslosen Aneignung von kollektiven natürlichen Ressourcen durch Private der Fall, durch die wirtschaftliche Erträge entstehen, die sich von jenen unterscheiden, die von der Arbeit und der Übernahme unternehmerischen Risikos herrühren. Dies ist auch der Fall bei der nicht regulierten Gewinnmaximierung, die jeder rationalen Unternehmensstrategie eigen ist und die zur systematischen Suche nach Renteneinkommen führt (in der konventionellen Mikroökonomie als »intramarginal« bezeichnet). Diese Renten entstehen dadurch, dass die externen Effekte des Produktionsprozesses nicht kompensiert, der Wettbewerb gemieden und Monopole oder monopolistische Wettbewerbssituationen geschaffen werden.

Dies ist auch der Fall bei der ausschließlich privaten Aneignung von Wissen und technologischem Fortschritt über das notwendige System zeitlich beschränkter Patente hinaus, bei dem Eigentumsrechte an Innovationen eingeräumt werden, um einen Anreiz für Forschung und Entwicklung zu geben. Gleiches gilt für die gesellschaftliche Legitimität der Umverteilung von Vermögen jenseits einer vernünftigen Vererbung persönlicher Güter, welches nicht durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten erworben wurde. Die Umverteilung würde hier über Erbschaftssteuern erfolgen, die die Weitergabe zumindest eines Teils großer Produktivvermögen an Personen unterbindet, die ohne weiteres Verdienst als den Verwandtschaftsgrad selbst keinerlei wirtschaftliche Tätigkeit erbracht haben, um diese Vermögen zu erwerben.

In einer Gesellschaft, in der demokratische Prinzipien zur Verwirklichung des Allgemeinwohls auch für die Wirtschaft gelten, muss »das Unternehmen nicht nur einfach um Gewinn konkurrieren, sondern auch um unser Vertrauen. Um dieses zu gewinnen, muss es das Prinzip der Gewinnmaximierung und sogar die Befriedigung der Interessen der Aktionäre als alleinige Ziele zurückstellen. Seine explizite Mission muss sich auf andere Aspekte konzentrieren: zum Beispiel Produktqualität, Verbraucherzufriedenheit, moralische Geschäftspraktiken, umweltfreundliche Politik«.[22]

Aspekte der Politik der Einkommensumverteilung

Wenn man verschiedene, zum Teil sehr anspruchsvolle Gerechtigkeitskriterien anwendet, bleibt die Verteilungsstruktur bei den Einkommen wahrscheinlich weiterhin unbefriedigend. Für Politiken zur Einkommensumverteilung, welche die Umverteilung der Vermögen ersetzen oder ergänzen können, wird in Markwirtschaften eine Reihe von Interventionsmechanismen eingesetzt.

An erster Stelle werden Politiken **zur Beeinflussung der Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen der Produktionsfaktoren** eingesetzt:

- Bei den Kapitaleinkommen geschieht dies mittels einer Besteuerung, die anstelle des Konsums Sparanreize und Reinvestitionen fördert. Mit den Worten von

20. Vgl. hierzu Stiglitz, Joseph E. (1995); sowie Duval, Guillaume (2003): *Le libéralisme n'a pas d'avenir*, La Découverte, Paris.

21. Vgl. Martner, Gonzalo (2009): *La crisis y el Estado Activo.Una visión desde América Latina*, Centro Extremeño de Estudios y Cooperación con Iberoamérica, Extremadura.

22. Hodgson, Geoffrey M. (1999): *Economics and Utopia. Why the Learning Economy is not the End of History*, Routledge, Londres.

Alain Lipietz: »Einen Unternehmer, der Sandalen und einfache Kleidung trägt und das Geld, das er verdient, nicht ausgibt, sondern in seiner Gesamtheit reinvestiert, um Arbeitsplätze zu schaffen, und der zudem die Umwelt- und Sozialgesetzgebung achtet, sollte man nicht mit Steuern auf das Geld belasten, das er für seine Mitmenschen verwendet.«[23]

- Die zu Gunsten des Unternehmenskapitals bestehenden Machtasymmetrien werden für die Lohnempfänger mithilfe von Regeln ausgeglichen, die Tarifverhandlungen und Streiks ermöglichen, eine Lohndiskriminierung trotz gleicher Produktivität verbieten, Mindestlöhne festlegen und die niedrigsten Löhne im Arbeitsmarkt anheben (mit einer möglichen Differenzierung bei sehr jungen und älteren Arbeitskräften, um deren Einstellung zu fördern).

- In der Arbeitsmarktpolitik wird auf eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit abgezielt. Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer passiven oder aktiven Ausrichtung. Die **passiven Beschäftigungspolitiken** reduzieren das Angebot an Arbeitskräften mittels Fortbildung und Maßnahmen zur Erlangung eines Bildungsabschlusses und senken die gesetzlich erlaubte maximale Arbeitszeit. Die **aktiven Beschäftigungspolitiken** umfassen eine Kombination aus Steuer-, Währungs- und Wechselkurspolitik zur Stimulierung der Nachfrage, des Konsums, der Investitionen und Exporte, der Beihilfen bei Neueinstellungen sowie für die Suche von Beschäftigung in der Privatwirtschaft. Darüber hinaus gehören dazu all jene Aktionen, welche die privaten Beschäftigungskosten senken und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen; und schließlich die **Schaffung sozialer Arbeitsplätze**, die jene sozialen Bedürfnisse abdecken sollen, die vom Markt und dem traditionellen öffentlichen Sektor nicht befriedigt werden.

An zweiter Stelle steht die Umverteilungspolitik, die **zwischen dem Einkommen der Produktionsfaktoren und dem verfügbaren Geldeinkommen** ansetzt, das heißt durch direkte Steuern (auf die Kapitalerträge und die höchsten Gehälter), um sie an Personen mit niedrigeren Einkommen und an die Bedürftigsten zu transferieren, insbesondere an benachteiligte Kinder, Behinderte und ältere Menschen. Zu dieser Art von Umverteilungsmaßnahmen gehören Versicherungen und die Mutualisierung von Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter ohne Einkommen, insofern es sich um Mechanismen der »effizienten Umverteilung« handelt, die häufiger die Bedürftigsten betreffen. In Wohlfahrtsstaaten ist dies der am weitesten verbreitete Mechanismus.

An dritter Stelle sind in einer Marktwirtschaft umverteilungspolitische Maßnahmen zu nennen, die im Bereich **zwischen dem verfügbaren Geldeinkommen und dem real verfügbaren Einkommen** ansetzen, also differenzierte indirekte Steuern und Preissubventionen bei jenen Gütern und Dienstleistungen, die vor allem von Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen nachgefragt werden.

An vierter Stelle stehen Umverteilungspolitiken, die im Bereich **zwischen dem real verfügbaren Einkommen und dem Wohlstand im weitesten Sinne** intervenieren, also Dinge wie Arbeitsbedingungen, Erholung, Zugang zu städtischen oder kulturellen öffentlichen Gütern, Qualität der Umwelt, persönliche Freiheit, Möglichkeit der Beeinflussung von Entscheidungen in Politik und Verwaltung. Es handelt sich hier um die Bereitstellung von öffentlichen Gütern, die kaum durch solche privaten Güter substituierbar sind, die nur den Personen mit den höchsten Einkommen zur Verfügung stehen. Eine umfassende Bereitstellung öffentlicher Güter der städtischen und sozialen Infrastruktur und Kultur macht einen bedeutenden Teil der Umverteilungspolitiken in Gesellschaften aus, die den universellen Zugang zum Wohlstand fördern.

Die Umverteilung in der Praxis

Staaten verfügen je nach ihrer politischen und sozialen Geschichte über mehr oder weniger umfangreiche Umverteilungsprogramme. Regierungen unterhalten in der Regel Programme zur Armutsbekämpfung, die sich an die in der Verteilungsskala besonders benachteiligten Bevölkerungsschichten richten und auf öffentliche Transferleistungen in Form von Sachleistungen (Nahrungsmittel, Wohnraum, Gesundheit, Bildung) oder Geldleistungen (Familienbeihilfen und weitere finanzielle Unterstützung) zurückgreifen. Die öffentliche Meinung bevorzugt zumeist jene Politiken, welche die Armen mit Sachleistungen unterstützt, angeblich um einen möglichen Missbrauch von Geldleistungen durch den Erwerb

23. Lipietz, Alain (2003): *Refonder l'espérance*, La Découverte, Paris, S. 149.

unnötiger Güter zu verhindern. In Wirklichkeit stellt sich ein Substitutionseffekt ein: Wenn ein armer Haushalt eigene Ressourcen für z. B. Nahrungsmittel ausgibt, noch bevor er irgendeine Form von Unterstützung erhält, so führt deren spätere kostenlose oder subventionierte Übergabe dazu, dass Geldmittel frei werden, die vorher für den Erwerb dieser Nahrungsmittel verwendet wurden. Diese freien Mittel können nun für andere Zwecke ausgegeben werden. Die Sachleistung führt im Prinzip zum gleichen Ergebnis wie die Unterstützung in Form von Geldleistungen, allerdings normalerweise mit zusätzlichen Verwaltungskosten. Umgekehrt kann die Bereitstellung von Sachleistungen von bedeutenden Skaleneffekten profitieren, wie etwa in der Bildung, der Gesundheit und beim Wohnungsbau.

Die Umverteilung von Einkommen und Vermögen setzt konsistente Programme voraus, die nicht gleichzeitig Investitions- und Arbeitsanreize wegnehmen und angemessene Finanzierungsgrundlagen haben: Eine kurzfristige kräftige Umverteilung, die sich nicht dauerhaft halten lässt, führt mittel- und langfristig eher zu Frustration als zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Aggregation von Präferenzen basiert die praktische Politik in der Regel nicht auf »sozialen Wohlstandsfunktionen« der einen oder anderen Art (utilitaristisch à la Bentham oder nach einebestimmten Gleichheitskriterium). Nichtsdestotrotz besitzen die meisten Politiken Verteilungseffekte. Häufig handelt es sich dabei um unbeabsichtigte Effekte, die deswegen jedoch nicht weniger real sind. Diese Effekte können progressiv sein, also dazu neigen, die Einkommensunterschiede zu reduzieren, oder aber regressiv, wenn sie die Einkommenskluft tendenziell vergrößern.

Im Fall der Industrienationen unterscheiden verschiedene Autoren ausgehend von Gøsta Esping-Andersen drei Arten von Wohlfahrtsstaaten gemäß der mehr oder weniger großen Umverteilungskapazitäten ihrer Steuersysteme und öffentlichen Ausgaben (skandinavische oder sozialdemokratische, kontinentale oder christdemokratische sowie liberale oder residuale angelsächsische Systeme).[24] Sowohl bezüglich der Reduzierung der Ungleichheit als auch bezüglich der Bekämpfung der relativen Armut sind sie mal mehr, mal weniger dazu in der Lage, die aus den marktwirtschaftlichen Mechanismen resultierende Einkommensverteilung zu verändern; aber immer sind sie sehr umfangreich.

Tabelle 1 mit Daten aus dem Jahr 1995 zeigt, dass sich bei der erwerbsfähigen Bevölkerung die Ungleichheit bei Einkommen (gemessen am Gini-Koeffizienten) und Armut (gemessen in Prozent des Einkommensmedians) nach Steuern und öffentlichen Ausgaben deutlich verändert, wobei diese Veränderungen bei Wohlfahrtsstaaten skandinavischen Typs stärker hervortreten als bei Wohlfahrtsstaaten kontinentalen oder angelsächsischen Typs. Tabelle 2 zeigt für die OECD-Staaten mit hohem Einkommen um das Jahr 2005 die Bedeutung und den relativen Erfolg des Steuer- und Transfersystems bei der Verringerung der Ungleichheit (gemessen mittels Gini-Koeffizienten) auf Grundlage der beiden zentralen Zielsetzungen des Wohlfahrtsstaats: Umverteilung der Einkommen im Lebenszyklus und zwischen Armen und Reichen. Im Falle der OECD-Staaten reduzieren die Wohlfahrtsstaaten die Ungleichverteilung bei den Einkommen, wobei der größte Einfluss in den skandinavischen Ländern und der geringste Einfluss in den USA und Korea feststellbar ist. Die Länder mit niedrigeren Ausgaben für Transferleistungen weisen eine progressivere Struktur auf, sowohl hinsichtlich der Leistungen als auch hinsichtlich der persönlichen Besteuerung und der Sozialbeiträge.

Die skandinavischen Staaten weisen überdurchschnittliche Transferleistungen und progressive Leistungsstrukturen auf, während die Steuersysteme nicht so progressiv sind. Dagegen besitzen die USA ein progressiveres Steuersystem. Besonders interessant ist der Vergleich zwischen Schweden und den USA: Schweden hat infolge seiner, den USA relativ ähnlichen Marktmechanismen eine ungleiche Einkommensverteilung. Das verfügbare Einkommen der schwedischen Haushalte ist jedoch nach Greifen des Steuersystems und der Geldtransferleistungen deutlich besser verteilt.

Eine Ausnahme in der OECD bildet Mexiko (und bald auch Chile, das seit 2010 dieser Organisation angehört). Seine Staatsausgaben sind niedrig und die Steuerprogression sehr gering. Dies gilt allgemein für Lateinamerika, ein Kontinent, der sich durch die mangelnde Wirksamkeit der Umverteilungsmechanismen, durch niedrige Steuersätze und durch einen hohen Grad an Ungleich-

24. Huber, Evelyne/Stephens, John D. (2001): *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*, The University of Chicago Press, Chicago; sowie Esping-Andersen, Gøsta (2007): Les trios mondes de l'État-providence. Essai sur le capitalisme moderne, Presses Universitaires de France.

Tabelle 1: Ungleichheit und Armut nach Art des Wohlfahrtsstaats (um 1995)

Art des Wohlfahrtsstaats	Ungleichheit bei der erwerbsfähigen Bevölkerung (Gini)		Armut bei der erwerbsfähigen Bevölkerung (Prozent)	
	Markteinkommen (*)	Verfügbares Einkommen (**)	Markteinkommen (*)	Verfügbares Einkommen (**)
1. Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten	0,350	0,208	18,8	4,0
2. Christdemokratische Wohlfahrtsstaaten	0,350	0,258	15,6	7,0
3. Liberale Wohlfahrtsstaaten	0,422	0,320	20,5	12,0

Quelle: Huber, Evelyne/Pribble, Jennifer/Stephens, John D. (2009): »The Politics of Effective and Sustainable Redistribution«, in: Estache, Antonio/Leipziger, Danny (Hrsg.): *Fiscal Incidence and the Middle Class: Implications for Policy*, Weltbank, Washington D.C.;

(*) Einkommen vor Steuern und Transferleistungen
(**) Einkommen nach Steuern und Transferleistungen

Länder 1: Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland
Länder 2: Belgien, Niederlande, Deutschland, Frankreich, Schweiz
Länder 3: Australien, Kanada, Irland, Vereinigtes Königreich, USA

heit auszeichnet. In einem Großteil der lateinamerikanischen Staaten führt die Steuerstruktur nicht zu einer besseren Einkommensverteilung, sondern verschlechtert diese vielmehr aufgrund der weit reichenden wirtschaftlichen Macht der Unternehmen und ihres Einflusses auf die staatlichen Entscheidungen. Auch durch die Struktur der Sozialausgaben wird die Einkommensverteilung nicht verbessert. Die Ausgaben im Bildungswesen führen nur sehr begrenzt zu einer besseren Verteilung des verfügbaren Einkommens. Gleiches gilt für die Ausgaben im Gesundheitswesen. Sozialhilfe in Form von Geldzahlungen (»konditionierte Transferleistungen«) sind die einzigen Programme, die eine Umverteilung bewirken können. Ihre Reichweite hat in der gesamten Region nach anfänglich niedrigem Niveau stark zugenommen. Programme, deren Leistungen an Bedingungen geknüpft sind, wurden bereits in 18 Ländern der Region eingeführt und unterstützen laut Angaben der CEPAL (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) über 25 Millionen Familien (etwa 113 Millionen Menschen), also rund 19 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas und der Karibik. Die Programme mit den meisten Leistungsempfängern sind in absoluten Zahlen die »*Bolsa Família*« in Brasilien (52 Millionen Menschen, ungefähr die Hälfte der durch konditionierte Transfers Begünstigten in der gesamten Region), »*Oportunidades*« in Mexiko (27 Millionen) und »*Familias en Acción*« in Kolumbien (12 Millionen).

Das Programm mit konditionierten Transferleistungen, das den größten Teil der Bevölkerung eines Landes einbezieht, ist der »*Bono de Desarrollo Humano*« in Ecuador mit einem Deckungsgrad von 44 Prozent. Trotz dieses hohen Deckungsgrades belaufen sich die Ausgaben im Rahmen der genannten Programme auf lediglich 0,4 Prozent des BIP der Länder dieser Region. Dennoch tragen sie zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der wirtschaftlich schwächsten Familien bei. Allgemeiner formuliert: die Schichten mit den niedrigsten Einkommen können ihre Lebensqualität mithilfe der öffentlichen Sozialausgaben deutlich verbessern. Dies ist der Fall, weil das primäre Einkommen der Ärmsten sehr niedrig ist. Die Staatsausgaben ergänzen dieses primäre Einkommen erheblich, vor allem in Form eines kostenlosen Zugangs (oder mit einer geringen Zuzahlung) zu Sozialleistungen (einschließlich Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit),[25] auch wenn diese Ausgaben infolge der prekären öffentlichen Verwaltung schlecht verteilt werden, vielfach regressiv sind und nicht immer mit der erforderlichen Effizienz und Qualität die bedürftigsten Bevölkerungsteile erreichen.

Venezuela und Uruguay haben in Lateinamerika traditionell die geringste Ungleichverteilung bei Geldeinkommen (Gini-Koeffizient). In jüngster Zeit begann die höchste Ungleichheit (Brasilien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru) dank einer verbesserten Verteilungseffiienz des Staates zurückzugehen. Man hat erkannt, dass

25. Martner, Gonzalo (2009): »Políticas sociales y gobiernos progresistas«, in: Martner, Gonzalo/Ermida Uriarte, Oscar/Porta, Fernando/Bianco, Carlos und Martins, Renato: *Diálogo movimiento sindical – gobiernos progresistas: un primer balance de las políticas progresistas en la región*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Montevideo.

Tabelle 2: Reduzierung der ungleichen Einkommensverteilung in den Staaten der OECD (um 2005)

Länder	Öffentliche Geldleistungen (Prozent des verfügbaren Einkommens der Haushalte)	Steuern und Beiträge (Prozent des verfügbaren Einkommens der Haushalte)	Gini-Koeffizient der Markteinkommen	Reduzierung des Gini-Koeffizienten nach Steuern	Reduzierung des Gini-Koeffizienten durch öffentliche Leistungen
Frankreich	32,9	26,0	0,48	0,020	0,056
Schweden	32,7	43,2	0,43	0,032	0,121
Italien	29,2	30,2	0,56	0,047	0,073
Deutschland	28,2	35,5	0,51	0,046	0,086
Norwegen	21,7	33,2	0,43	0,027	0,093
Japan	19,7	19,7	0,44	0,003	0,048
Niederlande	17,1	24,7	0,42	0,041	0,080
Vereinigtes Königreich	14,5	24,1	0,46	0,039	0,085
USA	9,4	25,6	0,46	0,044	0,041
Korea	3,6	8,0	0,34	0,005	0,011

Quelle: OECD (2008): Growing Unequal, Paris.

schlecht gestaltete Politiken in einem marktwirtschaftlichen Umfeld zu einem Konflikt zwischen Wachstum und Umverteilung führen können. Die neoliberalen Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre haben gezeigt, dass bei einer Senkung der staatlichen Ausgaben und Interventionen (einschließlich der Reduzierung der Reichweite und Progression der Steuern) die durchschnittlichen Kapitalerträge ansteigen. In einigen Fällen führte dies zu einem Anstieg und in anderen Fällen zu einem Rückgang des Wachstums, aber in allen Fällen erhöhte sich die Ungleichheit.

Umgekehrt können drastische Steuererhöhungen und gesetzliche Beschränkungen von Investitionen die Ungleichheit reduzieren, zugleich aber auch das Wachstum beeinträchtigen. Die Erfahrungen in Lateinamerika zeigen, dass eine radikale, kurzfristige Umverteilung durch Lohnpolitik, massive staatliche Beihilfen und umfassende Verstaatlichungen in der Regel zu wirtschaftlicher Instabilität (Hyperinflation und Außenhandelsdefizit, Unterversorgung) und früher oder später zu politischer Instabilität (Chile von 1970 bis 1973 und Nicaragua von 1979 bis 1989) führt. Daneben gibt es Erfahrungen in Staaten mit hohem Einkommen aus der Erdölgewinnung (Venezuela), die eine wirtschafts- und haushaltspolitisch großzügigere Umverteilung vornehmen können. Dabei stellen sich kurzfristig gute Ergebnisse in der Verteilungsgerechtigkeit ein, langfristig aber bestehen Zweifel hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Nachhaltigkeit dieser Mechanismen.

Die wichtigsten sozialen Indikatoren (Kindersterblichkeit, Lebenserwartung) haben sich in ganz Lateinamerika verbessert. Auch kam es in den letzten drei Jahrzehnten zu einem bedeutenden Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen.[26] Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der relativen Armut, also bei dem Bevölkerungsanteil, dessen Einkommen gemäß der Armutsmessung der OECD 50 Prozent unterhalb des Medianwerts liegt. Den niedrigsten Anteil an Armen findet man in Chile, Uruguay und Venezuela (etwa 17 Prozent der Bevölkerung gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts). Wie in Tabelle 3 zu sehen ist, sank die relative Armut im letzten Jahrzehnt in praktisch allen Ländern der Region (mit Ausnahme von Kolumbien).

Man kann stabile Umverteilungen auch auf der Grundlage eines Systems der zentralisierten Planwirtschaft (Kuba) vornehmen, zahlt dabei aber einen hohen Preis hinsichtlich der Effizienz (die kubanische Regierung gibt zu, dass 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht mehr genutzt werden und Hunderttausende von Staatsfunktionären eigentlich überflüssig sind) und der Freiheitsrechte (Einparteiensystem ohne politischen Pluralismus).

Neue Forschungsergebnisse bekräftigen die Hypothese, dass Wachstum und Ungleichheit nicht zwangsweise unvereinbar sind und sich sogar wechselseitig verstärken

26. CEPAL (2010): *Panorama social de América Latina*, Santiago de Chile.

Tabelle 3: Entwicklung der Armut und Ungleichheit in den Staaten Lateinamerikas

Land	Jahr	Relative Armut (*)	Konzentrationsindex (Gini)
Argentinien	1999	22,2	0,539
	2002	24,3	0,578
	2006	21,7	0,519
	2009	21,4	0,510
Brasilien	1999	25,9	0,640
	2001	26,1	0,639
	2006	24,4	0,605
	2009	23,9	0,576
Chile	1998	21,0	0,560
	2000	20,3	0,564
	2006	18,5	0,522
	2009	17,4	0,524
Kolumbien	1999	21,8	0,572
	2002	24,8	0,594
	2008	24,9	0,589
	2009	24,3	0,578
Mexiko	1998	22,9	0,539
	2000	22,5	0,542
	2006	19,5	0,506
	2008	19,9	0,515
Peru	1999	23,6	0,545
	2001	23,9	0,525
	2003	22,8	0,506
	2009	21,8	0,469
Uruguay	2007	19,1	0,456
	2008	18,7	0,445
	2009	17,4	0,433
Venezuela	1999	21,6	0,498
	2006	19,3	0,447
	2007	18,1	0,427
	2008	17,8	0,412

Quelle: Eigene Darstellung unter Berücksichtigung der Daten von CEPAL (2010): *Panorama social de América Latina*.

(*) Personen (in Prozent) mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 50 Prozent des Medianwerts.

können: Andrew Berg und Jonathan Ostry haben für den Internationalen Währungsfonds ausgedehnte Phasen starken Wachstums und die dafür verantwortlichen Faktoren untersucht. Die Autoren konzentrierten sich dabei auf Faktoren wie die politischen Einrichtungen, das Gesundheits- und Bildungswesen, die makroökonomische Instabilität, die Verschuldung und Handelsliberalisierung, d.h. Faktoren, die für die Beendigung langanhaltender Wachstumsschübe verantwortlich sein könnten. Ihre Schlussfolgerung lautet:

»(...) etwas überraschend konnten wir beobachten, dass sich in unserer Untersuchung die Ungleichverteilung von Einkommen als wesentlicher Faktor für die Dauer der Wachstumsphasen abzeichnete. Wir stellten fest, dass starke anhaltende Wachstumsphasen ihr Ende mit viel größerer Wahrscheinlichkeit schneller in den Ländern mit einer weniger gleichmäßigen Einkommensverteilung erreichen. Dieser Effekt ist von besonderer Bedeutung. So schätzen wir, dass zum Beispiel eine Reduzierung der Ungleichheit

zwischen Lateinamerika und den asiatischen Schwellenländern um 50 Prozent die prognostizierte Dauer einer anhaltenden Wachstumsphase mehr als verdoppeln würde. Anscheinend hat die Ungleichheit großen Einfluss – und dies praktisch unabhängig von allen anderen in diesem Modell berücksichtigten Wachstumsvariablen oder von der exakten Definition einer langen Wachstumsphase. Natürlich ist die Ungleichheit nicht der einzige wichtige Faktor, aber aus unserer Untersuchung geht zweifellos hervor, dass der Ungleichheit ein ›Ehrenplatz‹ unter den anerkannten Wachstumsfaktoren zukommt, wie der Qualität der politischen Institutionen oder der Handelsliberalisierung (…). Auch wenn sich kurzfristig die Auswirkungen der Wachstumspolitik und der Einkommensverteilung gegenseitig ausgleichen, so zeigen die in unserer Studie beobachteten Sachverhalte allein noch nicht, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Allerdings weisen die Ergebnisse unserer Analyse eher in Richtung auf die Vorteile einer langfristigen Reduzierung der Ungleichheit – einschließlich der Vorteile für das Wachstum. Langfristiger betrachtet könnten sich Reduzierung der Ungleichheit und nachhaltiges Wachstum als zwei Seiten derselben Medaille erweisen.«[27]

Eine erfolgreiche und stabile Umverteilung, die Wachstum fördert, kann sich durchaus auf dezentralisierte Märkte stützen. Von Seiten des Staates ist dabei in demokratischen Verfahren jedoch das absolute Recht auf Eigentum an Wirtschaftsvermögen zu beschränken, um die Konzentration oder Monopolisierung des Angebots zu begrenzen und eine Kontrolle des Marktversagens und der »öffentlichen Übel« zu gestatten, die aus solchen Eigentumsrechten entstehen. Dabei ist unter den Familien mit den niedrigsten Einkommen ein Teil der Unternehmensgewinne zu verteilen, und zwar über die bereits vom Markt geleistete Entlohnung hinaus.

Um die Ungleichverteilung bei den Einkommen zu verringern, müssen folglich ex ante Regulierungsmaßnahmen und Beihilfen bestimmt werden, die u. a. folgende Aspekte umfassen:

- Regulierung der Arbeitsbeziehungen (Recht auf freie Gewerkschaftsbildung, ausgeglichene Tarifverhandlungen, Mindestlöhne, Kündigung mit Abfindung, Beihilfe für den Zugang zu Arbeit);
- das Recht auf Zugang zu Bildung, mit guten Schulen und Universitäten, sowie die ständige Fortbildung der Arbeitskräfte einschließlich steuerlicher Sanktionierung von Unternehmen, die keine Fortbildung anbieten;
- Intervention in die Produktivvermögen mittels einer Industriepolitik, Zugang zu Krediten, Förderung der sozialen Wirtschaft;
- Antimonopolpolitik und Kontrolle der *Governance*-Struktur von Unternehmen mit diversifizierter Interessenvertretung (nicht nur der Hauptaktionäre).

Ex post durchgeführte Korrekturen müssen angeben, ob die Ungleichheit je nach Höhe und Struktur der Steuern größer oder geringer sein wird, sowohl bei den direkten Steuern (progressive Steuern auf Einkommen, Vermögen, Erbschaften, Zugang zu natürlichen Ressourcen, bei Minimierung der Verzerrungseffekte) als auch bei den indirekten Steuern (differenzierte Steuern auf den Mehrwert und Importe, Sondersteuern auf den Konsum von »gesundheitsschädigenden Produkten«, auf lokale Umweltverschmutzung und ein großer CO_2-Fußabdruck mit seinen Auswirkungen auf die Erderwärmung).

Die Zusammensetzung und Höhe der Staatsausgaben, einschließlich der Ausgaben für öffentliche Güter und positive externe Effekte, werden die gleichen Folgen haben und den Wohlstand der Mehrheit und/oder der Bedürftigsten verbessern; universelle Ausgaben für versicherbare Güter im Bereich des Sozialschutzes und direkte umverteilende Ausgaben in Form von Sach- oder Geldleistungen zur Sicherstellung eines bestimmten Mindestgrades an universellem Wohlstand unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Als effektive Demokratien sind jene zu bezeichnen, die sich einem Gleichgewicht zwischen ausreichenden *ex ante*- und *ex post*-Umverteilungsanstrengungen und einem nachhaltigen Wachstum auf der Basis von Innovationen nähern. Reduzierung der Ungleichheit und anhaltendes Wachstum scheinen langfristig betrachtet zwei Seiten derselben Medaille zu sein.

27. Berg, Andrew G./Ostry, Jonathan D. (2011): »¡Atención!: La desigualdad puede ser perjudicial para su crecimiento«, in: *Diálogo a Fondo*, 14.4.2011; http://blog-imfdirect.imf.org/2011/04/08/inequality-and-growth; vgl. auch: Berg, Andrew G./Ostry, Jonathan D. (2011): »Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?«, IMF Staff Discussion Note, 8.4.2011; www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf.

Literatur

Banco Mundial (s. d.): »¿Empeora la desigualdad debido a la globalización?«; www.bancomundial.org/temas/globalizacion/cuestiones3.htm.

Barro, Robert (1999): »Inequality and Growth in a Panel of Countries«, in: *Journal of Economic Growth* Nr. 5.

Berg, Andrew G. / Ostry, Jonathan D. (2011): »¡Atención!: La desigualdad puede ser perjudicial para su crecimiento«, in: *Diálogo a Fondo*, 14.4.2011; http://blog-imfdirect.imf.org/2011/04/08/inequality-and-growth.

— (2011a): »Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?«, IMF Staff Discussion Note, 8.4.2011; www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf.

CEPAL (2010): *Panorama social de América Latina*, Santiago de Chile.

Chen, Shaohua / Ravallion, Martin (2009): »*The Developing World is Poorer than we Thought, but no Less Successful in the Fight Against Poverty*«, Weltbank, Washington D. C.

Cohen, Daniel (2010): *La prosperidad del mal. Una introducción (inquieta) a la economía*, Taurus, Madrid.

Duval, Guillaume (2003): *Le libéralisme n'a pas d'avenir*, La Découverte, Paris.

Esping-Andersen, Gøsta (2007): Les trios mondes de l'État-providence. Essai sur le capitalisme moderne, Presses Universitaires de France.

Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*, Chicago University Press, Chicago.

Galor, Oded / Moav, Omer (2004): »From Physical to Human Capital Accumulation: Inequality in the Process of Development«, in: *Review of Economic Studies*, Nr. 71.

Gupta, Sanjeev / Davoodi, Hanid / Alonso-Terme, Rosa (1999): »¿Afecta la corrupción a la desigualdad del ingreso y a la pobreza?«, in: *Revista Internacional de Presupuesto Público* Nr. 39.

Hodgson, Geoffrey M. (1999): *Economics and Utopia. Why the Learning Economy is not the End of History*, Routledge, Londres.

Huber, Evelyne / Stephens, John D. (2001): *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*, The University of Chicago Press, Chicago.

Internationaler Währungsfonds (IMF) (2007): »Globalization and Inequality«, in: *World Economic Outlook*.

Kuznets, Simon (1955): »Economic Growth and Income Inequality«, in: *American Economic Review* Nr. 45.

Lipietz, Alain (2003): *Refonder l'espérance*, La Découverte, Paris.

Lindbeck, Assar (1975): *Desigualdad y Política Distributiva*, Oikos-Tau, Barcelona.

Martner, Gonzalo (2009): *La crisis y el Estado Activo.Una visión desde América Latina*, Centro Extremeño de Estudios y Cooperación con Iberoamérica, Extremadura.

— (2009a): »Políticas sociales y gobiernos progresistas«, in: Martner, Gonzalo / Ermida Uriarte, Oscar / Porta, Fernando / Bianco, Carlos und Martins, Renato: *Diálogo movimiento sindical – gobiernos progresistas: un primer balance de las políticas progresistas en la región*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Montevideo.

Meade, J. E. (1982): *La economía justa*, Orbis, Barcelona.

OECD (2008): *Growing Unequal*, Paris.

Passet, René (2000): *La ilusión neoliberal*, Debate, Madrid.

Piketty, Thomas (1997): *Economie des inégalités*, La Découverte, París.

Roemer, John (1996): *Theories of Distributive Justice*, Harvard University Press, Cambridge, Mass.

Sokoloff, Kenneth L. / Engerman, Stanley L. (2000): »Institutions, Factor Endowments and Paths of Development in the New World«, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 14, Nr. 3.

Solow, Robert (1993): »Combinando crecimientos de productividad con equidad«, in: *Crecimiento con equidad*, Editorial Universitaria, Santiago de Chile.

Stiglitz, Joseph E. (1995): *Whither Socialism?*, MIT Press, Cambridge, Mass**.**

Van Parijs, Philippe / Vanderborght, Yannick (2006): *La renta básica*, Paidós, Barcelona.

Wilkinson, Richard W. / Pickett, Kate (2009): *Desigualdad: un análisis de la infelicidad colectiva*, Taurus, Madrid.

Über den Autor

Gonzalo Daniel Martner war Staatssekretär im Ministerium für Regionale Entwicklung unter Alwyn und im Präsidialamt unter Lagos sowie Vorsitzender der Sozialistischen Partei Chiles. Zurzeit ist er Professor an der Universität von Santiago und Direktor des Masterstudiengangs Öffentliche Verwaltung.

Übersetzung: Roland Heimler / Joachim Knoop (Redaktion)

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad | Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
http://www.fes.de/lateinamerika

Bestellungen/Kontakt:
Claudia.Freimann@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

EFQM
Committed to excellence

ISBN 978-3-86872-935-1